



SEEHEIMER KREIS

Mut zu mehr

Unser Anspruch für ein besseres Morgen



Mut zu mehr

Unser Anspruch für ein besseres Morgen

Die SPD arbeitet für konkrete Verbesserungen der Menschen. Viele sozialdemokratische Projekte für mehr Lebensqualität und Zusammenhalt sind in den vergangenen Wochen im Deutschen Bundestag auf den Weg gebracht und konkret umgesetzt worden.

Zukünftig zahlen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen wieder den gleichen Anteil in der gesetzlichen Krankenversicherung. Familien werden steuerlich entlastet und das Kindergeld wird angehoben. Für Menschen, die über einen langen Zeitraum keiner geregelten Arbeit nachgegangen sind, wird ein sozialer Arbeitsmarkt mit Tariflohn ins Leben gerufen. Das Rentenniveau wird bei 48 Prozent stabilisiert. Das Gute-Kita-Gesetz ist ein zentraler Baustein, mit dem wir der Abschaffung der Kita-Gebühren in unserem Land ein gutes Stück näher kommen.

In den Medien, aber auch in unserer Partei, hält sich jedoch hartnäckig das große „Aber“. Zu Recht drängt sich die Frage auf, wofür die Sozialdemokratische Partei Deutschlands noch steht – und zwar bei gesellschaftlich relevanten Fragen. **Wir als SPD müssen wieder deutlich machen, was uns auszeichnet, wie wir Deutschland und Europa in einer sich wandelnden Welt erfolgreich gestalten wollen und können.**

Wir haben ein klares Bild von einem sicheren, verantwortungsvollen aber vor allem sozialen Deutschland. Dieses Bild müssen wir auch medial prägen. Wenn sozial, dann wir!

Als SPD müssen wir Orientierung geben, führen und sollten stets den Anspruch haben, regieren zu wollen. Drei Punkten müssen wir uns dafür konkret widmen:

1 Wohlstand gerecht verteilen und für morgen sichern

Die SPD ist die Partei der Arbeit. Arbeit bildet den Dreh- und Angelpunkt im alltäglichen Leben, bietet sozialen Kontakt, stiftet Identität und Selbstwertgefühl. Dabei macht es für uns keinen Unterschied, ob jemand einer körperlichen oder geistigen Tätigkeit nachgeht.

Die Erwerbstätigen, die tagtäglich den Wohlstand dieses Landes erwirtschaften, müssen an ebendiesem beteiligt werden. Wir als SPD müssen daher Verteilungsfragen in den Blick nehmen, da nur ein sozial gerechtes Land Heimat für eine friedliche und freie Gesellschaft in einer globalisierten Welt sein kann.

Unser Augenmerk liegt auf der Sicherung sowie Schaffung gut bezahlter und arbeitnehmerfreundlicher Arbeitsplätze, die Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bieten. **Betriebs- und Personalräte, gewerkschaftliche Vertretungen sowie verbindliche Tarifverträge sind für uns selbstverständlich.** Unternehmen brauchen gut ausgebildete und fair entlohnte MitarbeiterInnen.

Schutz vor Entgrenzung und Freiheit zur Gestaltung von Arbeit nehmen für immer mehr ArbeitnehmerInnen einen größer werdenden Stellenwert in einer sich ändernden Arbeitswelt ein. **Wie an der Wiege der 1. Industriellen Revolution, so muss die Sozialdemokratie nun auch an der Wiege der 4. Industriellen Revolution stehen.** Der digitale Wandel wird unsere Produktion und unsere bisher bekannten Arbeitsmodelle umfassend verändern. Wir müssen den Menschen die Ängste vor diesen großen Veränderungen nehmen, indem wir Sicherheiten schaffen. Durch Weiterbildung und Qualifizierung sollen neue Perspektiven für ArbeitnehmerInnen eröffnet werden. Unser Anspruch lautet: **Digital muss sozial!**

Die neue Arbeit muss sich stärker an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Wir geben Antworten darauf, indem wir Instrumente zur Gestaltung von zeitgemäßer und flexibler Erwerbstätigkeit kontinuierlich weiterentwickeln. **Unser Aufgabe ist es, sowohl Sicherheit als auch Freiräume zu schaffen** für Lebensphasen wie Familien- und Unternehmensgründung, ehrenamtliches Engagement oder Ruhestand und Unwägbarkeiten wie Arbeitslosigkeit oder Pflege von Angehörigen.

Bei den Kleinsten und Kleinen haben wir keine Scheu, jedes Jahr aufs Neue Änderungen im Bildungsbereich zu beschließen. Änderungen auf dem Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungs- und Hilffsystemen wurden hingegen nur zögerlich und nicht passgenau angefasst. Es wird Zeit, die geänderten Rahmenbedingungen – gesunde Staatsfinanzen, Arbeitslosenzahlen auf Rekordtief, gutes Wirtschaftswachstum – zu nutzen, um gezielt maßgebliche Verbesserungen und bürokratische Entlastungen im Arbeits- und Gesellschaftsleben umzusetzen.

Es ist eigentlich simpel: **Die Lebensleistung arbeitender Menschen verdient Anerkennung.** Sie dürfen im Falle von Arbeitslosigkeit nicht nach kurzer Zeit eine soziale und faktische Gleichstellung mit Menschen erfahren, die nie gearbeitet haben. Hier ist ein Abstandsgebot dringend von Nöten. Die derzeitige Regelung beim ALG II entwertet engagierte Lebensläufe. Deshalb muss die Bezugsdauer von ALG I ver-



längert werden. Ebenso müssen die Regelungen zum angesparten Vermögen geändert werden. Nichts lähmt mehr und schürt Frustration und Verdrossenheit als die Angst vor dem eigenen existentiellen Abstieg.

Ein präventiver Sozialstaat ist wichtiger denn je. Jedes sechste Kind in Deutschland ist von Armut betroffen – Zahlen, die uns nicht kalt lassen. Kinder und Jugendliche in finanziell schwachen Familien haben nichts im „Hartz IV-System“ verloren. Diese brauchen in jungen Jahren jede Unterstützung, sei es durch eine neue Kindergrundsicherung, die Erhöhung der Zuverdienstgrenzen, die Nichtanrechnung von Kindergelderhöhungen sowie kostenfreie Mahlzeiten in Kitas und Schulen. **Die mittlerweile über 150 familienpolitischen Leistungen müssen gebündelt werden und gezielt dort ankommen, wo sie gebraucht werden.** Zudem muss selbst verdientes Geld aus der Ausbildung im Geldbeutel der Azubis bleiben. Sie dürfen nicht in Haftung für die Situation ihrer Eltern genommen werden.

Alleinerziehende Mütter und Väter haben es oft schwerer, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Mehr als ein Viertel der alleinerziehenden Frauen ist im Jahr 2017 arbeitslos gewesen. Ein wichtiger Baustein, um diese Familien zu entlasten, wurde mit dem Gute-KiTa-Gesetz geschaffen. **Ein weiterer muss eine staatlich geförderte Beschäftigungsinitiative gezielt für Alleinerziehende sein.**

Der Mindestlohn muss auf 12 Euro angehoben werden. Es ist würdelos, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, auf weitere Unterstützung durch den Staat angewiesen sind. Sie haben im „Hartz IV-System“ ebenso nichts verloren. **Ziel sozialdemokratischer Politik wird aber immer sein, dass starke Gewerkschaften Tariflöhne oberhalb des Mindestlohnes aushandeln.**

Die Leih- und Zeitarbeit in ihrer jetzigen Form gehört abgeschafft. Die Zahl der in diesem Segment arbeitenden Menschen hat sich in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent erhöht. Der damals angedachte Zwischenschritt für Arbeitssuchende, über Leih- und Zeitarbeit einer regulären Arbeit nachzugehen, gelingt kaum. Ausnahmen können in bestimmten Branchen sinnvoll sein und gemacht werden, allerdings nur und ausschließlich dann, wenn ein entsprechender Rahmen zwischen den Unternehmerverbänden und den DGB-Gewerkschaften ausgehandelt wurde.

Das Chancen- und Teilhabe-Gesetz für Langzeitarbeitslose muss konsequent angewendet werden. Es ist gut, dass die SPD staatliche Lohnzuschüsse auf Tariflohniveau in der Großen Koalition durchgesetzt hat. Nur so können wir Langzeitarbeitslosen den Weg aus der Arbeitslosigkeit bahnen.

Ein Grundeinkommen ohne eigene Anstrengungen lehnen wir ab. Niemand aus der arbeitenden Bevölkerung würde es verstehen, wenn ein solches mit der Gießkanne bedingungslos verteilt wird. Wir wollen mehr Menschen in existenzsichernde Arbeit bringen. Ein Recht auf bezahltes Nichtstun ist nicht unser Anspruch.

Ebenso halten wir am Prinzip des Förderns und Forderns fest. **Sanktionen sollten aber nur letztendliches Mittel sein und maßvoll ergriffen werden.** Die verschärften Sanktionen für Unter-25-Jährige wollen wir abschaffen und stattdessen bei ihnen vermehrt mit Anreizen arbeiten.

Wir wollen endlich eine Rentenversicherung für alle. Zukünftig muss Schluss sein mit den Versorgungswerken aller Art. Es muss gelten: **Alle zahlen in einen Rententopf ein und sichern die Rente für alle.** Ebenso wie bei den Regelungen zum ALG I und II muss es auch bei der Rente heißen: wer viele Jahre hart gearbeitet und eingezahlt hat, muss mehr als nur die Grundrente bekommen.

Viele Menschen sorgen zusätzlich für ihr Alter vor. Mittlerweile haben viele Millionen Menschen eine Riesterrente oder eine Betriebsrente abgeschlossen. **Bei Auszahlung im Rentenalter müssen die Menschen von den jahrzehntelangen Einzahlungen auch höchstmöglich profitieren.** Jegliche bürokratische Belastung bei zusätzlich abgeschlossener Altersvorsorge muss deshalb vermieden werden.

Zudem wollen wir die Doppelverbeitragung für Kranken- und Pflegeversicherung bei Betriebsrenten und Direktversicherungen schnellstmöglich abschaffen. Damit wollen wir dieses Altersvorsorgemodell attraktiver für ArbeitnehmerInnen machen und empfundene Ungerechtigkeiten beseitigen.

Das Konzept der Bürgerversicherung denken wir weiter. Unser mittlerweile teures Gesundheitssystem mit all seinen kleinen und großen Defiziten denken wir auf einem weißen Blatt Papier neu. Wir benötigen Anreize, welche die Gesundheit der Menschen fördern.

Wir müssen endlich wieder dahin kommen, dass die Menschen Vertrauen in unseren Sozialstaat haben und sich wieder auf die SPD verlassen können.



2 Umwelt und Wirtschaft zusammendenken und -bringen

Der menschengemachte Klimawandel und seine verheerenden Folgen sind real. Extreme Wetterereignisse wie Dürren oder Starkregen nehmen zu. Die Auswirkungen einer globalisierten Industrie sind nicht nur hierzulande, sondern weltweit spürbar. Für uns ist klar: **Klimaschutz ist eine selbstverständliche Aufgabe moderner Politik.**

Dazu braucht es eine industriepolitische Strategie, die mit klaren Positionen und mutigen Entscheidungen zu klima- und umweltpolitischen Fragen innerhalb unserer Partei verbunden werden muss. **Unser Anspruch ist, dass Deutschland Vorreiter für kluge Ansätze wird.** Deutsche Unternehmen weisen hier bereits große Potenziale auf. Wir wollen sie unterstützen und damit Deutschland und Europa als Standort stärken. Die Innovationen sollen die Industrie nicht nur wettbewerbsfähig, sondern auch klimaschonend machen.

Dazu wollen wir Künstliche Intelligenz als zentralen Baustein nutzen, um Umwelt und Wirtschaft noch enger zusammenzubringen und damit für mehr Klimaschutz zu sorgen. Für 2019 sind im Bundeshaushalt bereits 500 Millionen Euro für die Erforschung und Entwicklung Künstlicher Intelligenz bereit gestellt. Bis 2025 will der Bund diese Summe auf 3 Milliarden Euro anwachsen lassen. Je nach Bedarf müssen diese Mittel erhöht werden.

Treiben wir innovative Mobilität schneller voran und nehmen dazu die Automobilindustrie konsequenter in die Pflicht. Dass politischer Druck wirkt, kann man daran sehen, dass verschiedene Autobauer mittlerweile von Verbrennungsmotoren abrücken und verstärkt in die Erforschung neuer Technologien investieren. Solar-Radwege? Wasserstoffbetriebene Züge? Innovationen, die es in Deutschland bereits gibt, müssen wir schnellstens weiter erforschen und ausbauen, damit die heimische Industrie wettbewerbsfähig bleibt.

Ebnen wir die Wege für eine konsequente Verkehrswende. **Es braucht massive Investitionen für Schienenwege und in neue Züge.** Eine Trennung von Netz und Betrieb lehnen wir ab. Die Bahn darf zudem zu anderen Verkehrsträgern nicht benachteiligt werden. Auf Bahnfahrten soll der verminderte Mehrwertsteuersatz gelten. Eine Fernbus-Maut muss eingeführt und Flugbenzin endlich besteuert werden.

Wir wollen den CO₂-Ausstoß reduzieren und den Strom wieder billiger machen. So würde – ergänzend zum EU-Emissionshandel – eine Bepreisung von CO₂ in den Bereichen wie beispielsweise Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft eine sinnvolle Lenkungswirkung entfalten und Anreiz

für Investitionen in klimafreundliche Technologien bieten. Im Gegenzug dazu müssten die Steuern, Umlagen und Abgaben auf Strom gesenkt werden, um diese CO₂-Bepreisung wieder auszugleichen. Dies würde sinkende Strompreise in Deutschland nach sich ziehen. **Die Regelung verhielte sich aufkommensneutral, soll also die BürgerInnen nicht zusätzlich belasten.**

Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden. Ein programmatischer Satz Willy Brandts, der in Erfüllung gegangen ist und zeigt, dass Umwelt und Wirtschaft gemeinsam funktionieren und voneinander profitieren können. Die SPD ist die einzige Partei, die diese beiden Pole zusammenbringen will und kann und darüber hinaus die sozialen Aspekte der kommenden Veränderungen niemals aus den Augen lässt. Die Beschäftigten in den deutschen Kohlerevierern und in unseren Kohlekraftwerken erwarten zurecht für sich und ihre Familien Planbarkeit. Sie wollen auf dem Weg aus der Kohleverstromung mitgenommen werden. **Im Ende der Kohleverstromung, eingebettet in die Energiewende, sehen wir eine Chance für Investitionen und Innovationen.** Hier ist unser Willen zu politischer Gestaltung gefordert. Im Bundeshaushalt 2019 haben wir Mittel für strukturschwache Regionen, wie zum Beispiel die Lausitz, bereitgestellt und bereiten so den Ausstieg aus der Kohle konsequent vor. Dabei dürfen wir auch das Ruhrgebiet weiterhin nicht vergessen. **Es braucht eine Perspektive für die Nach-der-Kohle-Ära für die in den Kohlereviere lebende Bevölkerung.**

3 Die SPD war, ist und bleibt die Friedenspartei

Viele BürgerInnen verbinden den Begriff Friedenspartei auch heute noch zurecht mit Willy Brandt und seiner Entspannungspolitik in schwierigen Zeiten. Er hatte Recht: **„Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts.“**

Debatten drehen sich gegenwärtig aber nur noch um leichtsinnig aufgekündigte Abrüstungsverträge und jetzt, wo mit den Spannungen in der Ukraine seit Jahren wieder Konflikte auf unseren europäischen Kontinent zurückgekehrt sind und auch international Konflikte neu entstehen oder wieder aufflammen, dürfen wachsende Wehretats nicht die einzige Antwort sein. Im Gegenteil: Neue Initiativen globaler Abrüstungsfragen gehören wieder auf die Tagesordnung der Weltpolitik. Weniger militärische Waffen sind kein Zeichen von Schwäche, sondern sollten Grundlage für zukünftige Sicherheit im 21. Jahrhundert sein.

Dafür müssen wir klarer formulieren, warum nur Frieden Stabilität bringt und respektvolles Miteinander erst mög-



lich macht. **Für die Stärkung des Friedens weltweit ist die Durchsetzung der Herrschaft des Rechtes und Sicherung von humanitären Friedenseinsätzen der UNO unabdingbar.** Zivile Maßnahmen zur Konfliktvorbeugung und -beilegung haben für uns Priorität.

Sozialdemokratische Außenpolitik ist immer vorausschauende Außenpolitik. Wir wollen gar nicht erst, dass Krisen zu Konflikten eskalieren. Frieden ist und bleibt das Ziel. Nichts anderes.

Wir bekennen uns klar zur Europäischen Union und fordern für sie eine zentrale Rolle bei der Friedenssicherung auf unserem Kontinent. **Dafür bedarf es einer gemeinsamen europäischen Rüstungs- und Rüstungsexportpolitik und langfristig einer europäischen Armee.**

Wir stehen fest zu den internationalen Organisationen – ganz im Zeichen des Multilateralismus. Sie sind Orte des Dialogs und der friedlichen Kooperation, wo vor allem Vertrauen geschaffen wird. **Das bedeutet für uns nicht nur mit befreundeten Bündnispartnern zu sprechen, sondern auch in schwierigen Situationen Gesprächskanäle zu allen Seiten offen zu halten.**

Lasst uns neue Brücken bauen und nicht einreißen, wenn die Spannungen am schwierigsten sind. Was wurde Willy Brandt für seinen Mut gescholten. Dieser Mut bereitete jedoch mit der KSZE-Schlussakte von Helsinki den Weg für die Beendigung des Kalten Krieges.

Unrealistisch? Nicht machbar?

Packen wir es mutig an und krepeln endlich die Ärmel ein Stück höher.

Seien wir realistisch und versuchen das Unmögliche. So fängt jede notwendige Veränderung an.

SEEHEIMER KREIS

in der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035

Fax: 030 227-70043

E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de

www.seeheimer-kreis.de

www.facebook.com/Seeheimer.Kreis

Twitter: [@seeheimer](https://twitter.com/seeheimer)

Instagram: [seeheimerkreis](https://www.instagram.com/seeheimerkreis)